

Niederschrift



Sitzung des **Ausschusses für Stadtentwicklung** der Stadt Bornheim am Mittwoch, **02.09.2020**, 18:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses Bornheim, Rathausstraße 2

X	Öffentliche Sitzung
	Nicht-öffentliche Sitzung

Sitzung Nr.	83/2020
StEA Nr.	10/2021

Anwesende

Vorsitzender

Schwarz, Wolfgang CDU-Fraktion

Mitglieder

Breuer, Paul	fraktionslos	bis TOP 10 tw
Engels, Hans Günther	CDU-Fraktion	
Feldenkirchen, Hans Gerd	UWG/Forum-Fraktion	
Gesell, Andrea	Bündnis 90/Grüne-Fraktion	ab TOP 5 tw
Geuer, Theo	CDU-Fraktion	
Hanft, Wilfried	SPD-Fraktion	
Keils, Ewald	CDU-Fraktion	
Kleinekathöfer, Ute	SPD-Fraktion	
Knapstein, Günter	CDU-Fraktion	
Peters, Anna	SPD-Fraktion	
Prinz, Rüdiger	CDU-Fraktion	
Roitzheim, Frank	UWG-Fraktion	
Schulz, Heinz-Peter	Fraktionslos	
Stadler, Harald	SPD-Fraktion	
Velten, Konrad	CDU-Fraktion	
Wehrend, Lutz	CDU-Fraktion	

stv. Mitglieder

Freynick, Jörn	FDP-Fraktion
Kuhn, Arnd Jürgen, Dr.	Bündnis 90/Grüne-Fraktion
Marx, Hans Heinrich	CDU-Fraktion
Montenarh, Stefan	UWG/Forum-Fraktion
Schmitz, Thomas	SPD-Fraktion
Strauff, Bernhard	CDU-Fraktion

beratende Mitglieder

Will, Madeleine, Dr. Seniorenbeirat

Verwaltungsvertreter

Erll, Andreas
Pieck, Johannes
Schier, Manfred, Erster Beigeordneter

Schriftführerin

Altaner, Petra

Nicht anwesend (entschuldigt)

Brief, Rolf	UWG/Forum-Fraktion
Krüger, Frank W.	SPD-Fraktion
Lamprichs, Holger	CDU-Fraktion
Liebeskind, Annette	Bündnis 90/Grüne-Fraktion

Tagesordnung

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
3	Einwohnerfragestunde	
4	Entgegennahme der Niederschriften Nr. 59 vom 10.06.2020 und Nr. 62 vom 17.06.2020	
5	Entwicklung des ÖPNV im Rhein-Sieg-Kreis und in der Region Köln/Bonn	584/2020-7
6	Bebauungsplan Ro 23 in der Ortschaft Roisdorf; Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung; Offenlagebeschluss	531/2020-7
7	Erweiterung einer Abgrabungsfläche in der Ortschaft Bornheim am Uedorfer Weg (südwestlich A 555)	597/2020-7
8	9. Änderung des Flächennutzungsplans in der Ortschaft Roisdorf, erneuter Beschluss	621/2020-7
9	Bebauungsplan He 25 in der Ortschaft Hersel; Beschluss zur Aufstellung	338/2020-7
10	Überarbeitung Regionalplan - Erneute Beratung über Allgemeine Siedlungsbereiche und Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiche	382/2020-7
11	Verwaltungsvereinbarung Planung Radweg L 300 Hersel - Widdig	603/2020-9
12	Städtebaulicher Vertrag Sanierung Wirtschaftsweg von L 182 bis Golfanlage Römerhof	596/2020-9
13	Beschwerde nach § 24 GO NRW vom 09.03.2020 betr. unzulässige Behandlung von Eingaben zum Bebauungsplan Se 21	260/2020-7
14	Antrag der SPD-Fraktion vom 20.05.2020 betr. Grundsätze für die künftige Bauleitplanung	391/2020-7
15	Antrag der SPD-Fraktion vom 20.05.2020 betr. Leitfaden für Investoren bei der weiteren städtebaulichen Entwicklung	392/2020-7
16	Antrag der Fraktion FDP vom 15.06.2020 betr. Verkehrsberuhigung Zweigrabenweg	450/2020-9
17	Antrag der Fraktion FDP vom 15.06.2020 betr. Einmündung Kleinstraße auf Elbestraße	451/2020-9
18	Gemeinsamer Antrag der CDU, UWG/Forum und FDP-Fraktion vom 21.07.2020 betr. Freiflächenphotovoltaikanlage auf einer Kiesgewinnungsfläche	566/2020-7
19	Antrag der Fraktion FDP vom 02.08.2020 betr. Lokale Gefahrenstellen im Straßenverkehr	598/2020-9
20	Antrag der SPD-Fraktion vom 03.08.2020 betr. Planung und Umsetzung einer Zufahrtsbeschränkung auf dem Dorfplatz in Kardorf	609/2020-9
21	Große Anfrage der SPD Fraktion vom 21.07.2020 betr. Sanierung/Instandsetzung von Straßen und Wirtschaftswegen	568/2020-9
22	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	599/2020-1
23	Mitteilung betr. Errichtung einer landwirtschaftlichen Mehrzweckhalle mit Schleppdach	593/2020-6
24	Mitteilung betr. Aufnahme des Bahnhofes Roisdorf in die Modernisierungsoffensive 3	618/2020-7
25	Anfragen mündlich	

Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)

AV Wolfgang Schwarz eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Ausschuss für Stadtentwicklung beschlussfähig ist.

Der Antrag des AM Breuer, den Tagesordnungspunkt 6 von der Tagesordnung abzusetzen, wird mit einem Stimmenverhältnis von
01 Stimme für den Antrag (Breuer)
21 Stimmen gegen den Antrag (CDU, SPD, UWG, B90/Grüne, FDP, Schulz)
abgelehnt.

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in folgender Reihenfolge behandelt:
TOP 1 – 25.

	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	

Frau Altaner ist bereits zur Schriftführerin bestellt.

2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
----------	---	--

Es wurde kein Ausschussmitglied verpflichtet.

3	Einwohnerfragestunde	
----------	-----------------------------	--

Die Einwohnerfragestunde entfällt, da keine Fragen vorliegen.

4	Entgegennahme der Niederschriften Nr. 59 vom 10.06.2020 und Nr. 62 vom 17.06.2020	
----------	--	--

Der Ausschuss für Stadtentwicklung erhebt gegen den Inhalt der Niederschriften über die Sitzungen Nr. 59/2020 vom 10.06.2020 und Nr. 62/2020 vom 17.06.2020 keine Einwände.

5	Entwicklung des ÖPNV im Rhein-Sieg-Kreis und in der Region Köln/Bonn	584/2020-7
----------	---	-------------------

Der Vortrag ist in der Anlage (Seiten 18-25) beigelegt und in Session hinterlegt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen des Vertreters des Rhein-Sieg-Kreises zur Kenntnis.

- Einstimmig -

6	Bebauungsplan Ro 23 in der Ortschaft Roisdorf; Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung; Offenlagebeschluss	531/2020-7
----------	--	-------------------

AM Prinz stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Rednerliste.
Über den Geschäftsordnungsantrag wurde nicht abgestimmt.

Der Antrag der SPD-Fraktion in der Begründung zur Offenlage im Punkt 7 „städtebauliches Konzept“ die zulässige Anzahl von Wohneinheiten (WE) in den Mehrfamilienhäusern von 66 in 75 WE und die Anzahl der geförderten Wohneinheiten von 20 Prozent in konkrete 35 Wohneinheiten zu ändern, wird mit einem Stimmenverhältnis von

08 Stimmen für den Antrag (SPD, B90/Grüne, Schulz)

14 Stimmen gegen den Antrag (CDU, UWG, FDP)

01 Stimmenthaltung (Breuer)
abgelehnt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt,

1. zu den Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB sowie der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB zum Entwurf des Bebauungsplanes Ro 23 in der Ortschaft Roisdorf die vorliegenden Stellungnahmen der Stadt Bornheim,
2. den vorliegenden Entwurf des Bebauungsplanes Ro 23 einschließlich der vorliegenden textlichen Festsetzungen sowie der vorliegenden Begründung gemäß § 3 (2) BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Abstimmungsergebnis

22 Stimmen für den Beschluss (CDU, SPD, B90/Grüne, FDP, UWG, Schulz)

01 Stimme gegen den Beschluss (Breuer)

7	Erweiterung einer Abgrabungsfläche in der Ortschaft Bornheim am Uedorfer Weg (südwestlich A 555)	597/2020-7
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung stimmt der Erweiterung der Abgrabungsfläche am Uedorfer Weg (südwestlich der A 555) unter der Voraussetzung der Flächenabtretung für den zukünftigen Ausbau des Uedorfer Weges zu.

- Einstimmig -

8	9. Änderung des Flächennutzungsplans in der Ortschaft Roisdorf, erneuter Beschluss	621/2020-7
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt,

1. die Aufhebung des Beschlusses der Begründung inklusive Umweltbericht zur 9. Änderung des Flächennutzungsplans in der Ortschaft Roisdorf vom 14.05.2020 (Vorlage 305/2020-7).
2. die vorliegende Begründung inklusive des geänderten Umweltberichts zur 9. Änderung des Flächennutzungsplans in der Ortschafts Roisdorf.

- Einstimmig -

bei 1 Stimmenthaltung (Breuer)

9	Bebauungsplan He 25 in der Ortschaft Hersel; Beschluss zur Aufstellung	338/2020-7
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt,

1. gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes He 25 in der Ortschaft Hersel. Das Plangebiet liegt in einem ca. 100 m tiefen Bereich südöstlich der Roisdorfer Straße zwischen Mittelweg und Stadtbahntrasse. Ziel des Bebauungsplans ist die Festsetzung eines Sondergebietes für den Einzelhandel und eines Gewerbegebietes. Der Vollsortimenter (Edeka) soll im Ortskern verbleiben.
2. beauftragt die Verwaltung mit der Fa. Lidl ein Konzept für den Altstandort zu entwickeln.

- Einstimmig -

10	Überarbeitung Regionalplan - Erneute Beratung über Allgemeine Siedlungsbereiche und Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiche	382/2020-7
-----------	--	-------------------

Anträge zu den einzelnen Ortschaften.

Sechtem:

Die CDU-Fraktion, die UWG/Forum-Fraktion und die SPD-Fraktion beantragen wie Beschlusssentwurf.

-Einstimmig-

Walberberg:

Die CDU-Fraktion und die UWG/Forum-Fraktion beantragen die Nachzeichnung des FNP erneut anzumelden, den Suchraum ASB Nr. 4 erneut zu beantragen, aber nur so groß zur Ortsabrundung, den GIB 5 herauszunehmen, den ASB Nr. 6 erneut anzumelden und den neuen ASB herauszunehmen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragen, den ASB Nr. 4. nicht erneut anzumelden.

Die SPD-Fraktion beantragt, den ASB Nr. 4 erneut anzumelden.

Der Antrag der CDU-Fraktion und der UWG/Forum-Fraktion, die Nachzeichnung des FNP erneut anzumelden, den Suchraum ASB Nr. 4 erneut zu beantragen(nur so groß zur Ortsabrundung), den GIB 5 herauszunehmen, den ASB Nr. 6 erneut anzumelden und den neuen ASB herauszunehmen, wird mit einem Stimmenverhältnis von
19 Stimmen für den Antrag (CDU, SPD, UWG, FDP)
02 Stimmen gegen den Antrag (B90/Grüne)
01 Stimmenthaltung (Schulz)
angenommen.

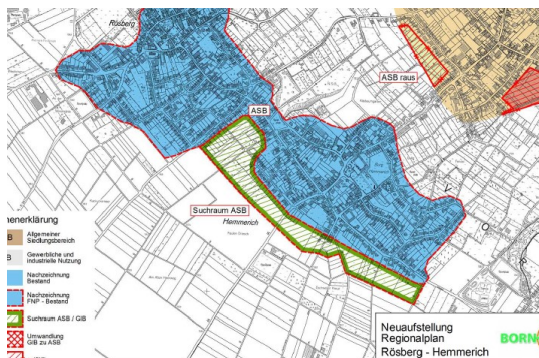
Merten:

Die CDU-Fraktion und die UWG/Forum-Fraktion beantragen den Suchraum ASB Nr. 2 neu zu beantragen.

Der Antrag der CDU-Fraktion und der UWG/Forum-Fraktion, den Suchraum ASB Nr. 2 neu zu beantragen, wird einstimmig angenommen.

Rösberg-Hemmerich:

Die CDU-Fraktion, die UWG/Forum-Fraktion und die SPD-Fraktion beantragen die Flächennutzungsplan-Nachzeichnung erneut zu beantragen, da die Gesamtbevölkerung von Rösberg und Hemmerich ausreichend für eine ASB-Darstellung ist und den zusätzlichen Suchraum (siehe unten) erneut zu beantragen.



Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lehnen die Beantragung ab.

Der Antrag der CDU-Fraktion, der UWG/Forum-Fraktion und der SPD-Fraktion, die Flächennutzungsplan-Nachzeichnung erneut zu beantragen, da die Gesamtbevölkerung von Rösberg und Hemmerich ausreichend für eine ASB-Darstellung ist und den zusätzlichen Suchraum (siehe unten) erneut zu beantragen, wird mit einem Stimmenverhältnis von 20 Stimmen für den Antrag (CDU, SPD, UWG, FDP, Schulz) 02 Stimmen gegen den Antrag (B90/Grüne) angenommen.

Waldorf/ Kardorf:

Die CDU-Fraktion, die UWG/Forum-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragen nach Beschlussentwurf zu entscheiden.

Der Antrag der CDU-Fraktion, der UWG/Forum-Fraktion, der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nach Beschlussentwurf zu entscheiden, wird einstimmig angenommen.

Dersdorf:

Die CDU-Fraktion, die UWG/Forum-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragen die Nachzeichnung FNP Bestand, ASB und den Suchraum ASB erneut zu beantragen.

Der Antrag der CDU-Fraktion, der UWG/Forum-Fraktion, der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Nachzeichnung FNP Bestand, ASB und den Suchraum ASB erneut zu beantragen, wird einstimmig angenommen.

Brenig:

Die CDU-Fraktion, die UWG/Forum-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragen erneut anzumelden, da Brenig in Zusammenhang mit ASB Bornheim eine durchgängige Einheit darstellt.

Der Antrag der CDU-Fraktion, der UWG/Forum-Fraktion, der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erneut anzumelden, wird einstimmig angenommen.

Bornheim:

Die CDU-Fraktion, die UWG/Forum-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragen erneut anzumelden.

Der Antrag der CDU-Fraktion, der UWG/Forum-Fraktion, der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erneut anzumelden, wird einstimmig angenommen.

Bornheim/Roisdorf

Alle Fraktionen, beantragen nach Beschlussentwurf zu entscheiden.

Der gleichlautende Antrag aller Fraktionen, nach Beschlussentwurf zu entscheiden, wird einstimmig angenommen.

Roisdorf:

Alle Fraktionen beantragen den ASB Nr. 2, 3 und 4 herauszunehmen und die Vergrößerung der Herausnahme als ASB am Rand von Roisdorf zu Alfter hin gelegenen Fläche erneut zu beantragen

Der gleichlautende Antrag aller Fraktionen, den ASB Nr. 2, 3 und 4 herauszunehmen und die Vergrößerung der Herausnahme als ASB am Rand von Roisdorf zu Alfter hin gelegenen Fläche erneut zu beantragen, wird einstimmig angenommen.

Hersel:

Alle Fraktionen beantragen wie Beschlussentwurf abzustimmen.

Der gleichlautende Antrag aller Fraktionen, nach Beschlussentwurf abzustimmen, wird einstimmig angenommen.

Widdig:

Die CDU-Fraktion, die UWG/Forum-Fraktion, die SPD-Fraktion und die FDP-Fraktion beantragen, den ASB Nr. 1b auf Grund der Nähe zur Bahnhaltestelle erneut zu beantragen. Des Weiteren soll eine Erweiterung des neuen ASB zwischen L 300 und Stadtbahntrasse beantragt werden, da die Absicht zur Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes dort besteht.

Der Antrag der CDU-Fraktion, der UWG/Forum-Fraktion, der SPD-Fraktion und FDP-Fraktion den ASB Nr. 1b auf Grund der Nähe zur Bahnhaltestelle erneut zu beantragen. Des Weiteren soll eine Erweiterung des neuen ASB zwischen L 300 und Stadtbahntrasse beantragt werden, da die Absicht zur Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes dort besteht, wird mit einem Stimmenverhältnis von
 20 Stimmen für den Antrag (CDU, SPD, UWG, FDP, Schulz)
 02 Stimmen gegen den Antrag (B90/Grüne)
 angenommen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung

1. beschließt, die lt. den Tabellen abgeänderten Suchräume für die Allgemeinen Siedlungsbereiche (ASB) und Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiche (GIB) als Entwicklungsziel für die Überarbeitung des Regionalplans und
2. beauftragt die Verwaltung, diese der Bezirksregierung Köln im Rahmen des weiteren Verfahrens erneut vorzutragen.

Sechtem:

Darstellung / Beschluss Stadt Bornheim	BezReg. Köln	Beschlussvorschlag Stea
Nachzeichnung Bestand	übernommen	
Nachzeichnung FNP Bestand	übernommen	
Suchraum ASB Nr. 1	übernommen	
Suchraum GIB	Weitgehend übernommen	Vergrößerung anmelden zur Vermeidung einer einseitigen Erschließung
GIB raus	nicht übernommen (nördlich der Bahntrasse)	keine Änderung

Walberberg:

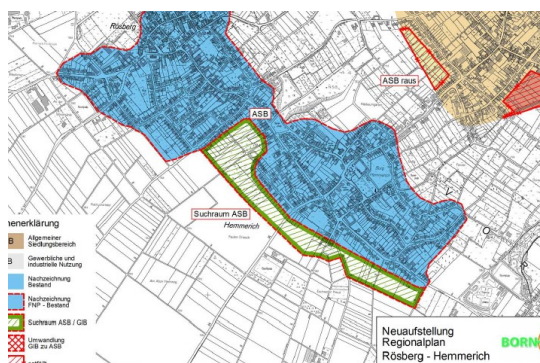
Darstellung / Beschluss Stadt Bornheim	BezReg. Köln	Beschlussvorschlag Stea
Nachzeichnung Bestand	übernommen (am Kloster)	
Nachzeichnung FNP Bestand	nicht übernommen (nordöstlich Dominikanerstraße)	erneut anmelden, da im FNP als Wohnbaufläche dargestellt
ASB Nr. 1 und die Hälfte von Nr. 2 sollen entfallen.	übernommen	
Suchraum ASB Nr. 4.	nicht übernommen (südwestlich Linie 18)	erneut anmelden (nur so groß zur Ortsabrundung)
Prüfantrag, ob GIB Nr. 5 möglich ist, evtl. auch verkleinert	nicht übernommen	Keine erneute Anmeldung Herausnehmen
Prüfantrag, ob ASB Nr. 6 möglich ist.	nicht übernommen	Erneute Anmeldung,
Neuer ASB (kein Beschluss)	Neuer ASB von BezReg. (nördlich Linie 18)	Herausnehmen

Merten:

Darstellung / Beschluss Stadt Bornheim	BezReg. Köln	Beschlussvorschlag Stea
Nachzeichnung Bestand	übernommen	
Nachzeichnung FNP Bestand	weitgehend übernommen,	keine Änderung
Nachzeichnung FNP Bestand ASB Nr. 1	nicht übernommen	keine Änderung, Fläche ohne große Entwicklung
Suchraum ASB	Übernommen (Lanerstr./Linie 18)	
Suchraum ASB Nr. 2	nicht übernommen	Neu beantragen

Rösberg-Hemmerich:

Darstellung / Beschluss Stadt Bornheim	BezReg. Köln	Beschlussvorschlag Stea
Nachzeichnung FNP Bestand, ASB	nicht übernommen	ASB erneut anmelden, Gesamtbevölkerung Rösberg/Hemmerich ist ausreichend für ASB Darstellung
Prüfantrag, ob zusätzlich ein Suchraum ASB dargestellt werden kann	nicht übernommen	erneut beantragen wie auf der Karte dargestellt.



Waldorf/ Kardorf:

Darstellung / Beschluss Stadt Bornheim	BezReg. Köln	Beschlussvorschlag Stea
Nachzeichnung FNP Bestand	übernommen	
3 ASBs sollen entfallen	übernommen	

Dersdorf:

Darstellung / Beschluss Stadt Bornheim	BezReg. Köln	Beschlussvorschlag Stea
Nachzeichnung FNP Be-	nicht übernommen	Erneut beantragen

stand; ASB		
Suchraumes ASB	nicht übernommen	Erneut beantragen

Brenig:

Darstellung / Beschluss Stadt Bornheim	BezReg. Köln	Beschlussvorschlag Stea
Prüfantrag, ob ein ASB (FNP-Bestand) zusammen mit der Ortschaft Bornheim dargestellt werden kann.	nicht übernommen	erneut anmelden, da Brenig in Zusammenhang mit ASB Bornheim eine durchgängige Einheit darstellt

Bornheim:

Darstellung / Beschluss Stadt Bornheim	BezReg. Köln	Beschlussvorschlag Stea
Suchraum ASB	Übernommen (nördlich Reuterweg)	
FNP-Bestand, ASB erweitern	Nicht übernommen (südlich Hellenkreuz)	neu anmelden, da in Bo 27 Gemeinbedarfsfläche südlich leicht erweitert wurde

Bornheim/Roisdorf

Darstellung / Beschluss Stadt Bornheim	BezReg. Köln	Beschlussvorschlag Stea
Suchraum GIB	teilweise übernommen (zwischen Uedorfer Weg und Maarpfad) als GR (Regional)	Lage zum Uedorfer Weg hin verschieben, (mehr Abstand zur Wohnbebauung, bessere Erschließung), Bezeichnung G Regional nicht erläutert

Roisdorf:

Darstellung / Beschluss Stadt Bornheim	BezReg. Köln	Beschlussvorschlag Stea
Nachzeichnung FNP Bestand	Übernommen (Maarpfad / Fuhrweg / Koblenzer Str.)	
Suchraum ASB Nr. 1	übernommen	
Prüfantrag, ob die ASB Nr. 2, 3 und 4 entfallen können	nicht übernommen	Erneut beantragen
ASB raus	überwiegend übernommen (südöstlich Schussgasse)	prüfen ob Herausnahme am Rand noch vergrößert werden kann
Änderung GIB zu ASB	Übernommen (Sondergebiet Alexander-Bell-Straße)	

Hersel:

Darstellung / Beschluss Stadt Bornheim	BezReg. Köln	Beschlussvorschlag Stea
Nachzeichnung Bestand	übernommen	
Nachzeichnung FNP Be-	Nur teilweise übernommen	neu anmelden, He 31 ist

stand	Fläche des B-Plan He 31 nicht übernommen, stattdessen Flächen für Natur und Regionaler Grünzug dargestellt. Nicht übernommen GIB (an der Allerstraße) und ASB an der L 300	Bestandteil des FNP und kurz vor Satzungsbeschluss, Regionalen Grünzug hier ändern. GIB u ASB – Nachzeichnung zur Ermöglichung einer Umfahrung der Kreuzung L 118 / L 300 erneut beantragen
Suchraum ASB	nicht übernommen (Mittelweg)	keine Änderung, da Regionaler Grünzug
Änderung GIB zu ASB	weitestgehend übernommen (südlich Roisdorfer Straße)	keine Änderung

Widdig:

Darstellung / Beschluss Stadt Bornheim	BezReg. Köln	Beschlussvorschlag Stea
Nachzeichnung Bestand	übernommen	
Nachzeichnung FNP Bestand (ASB Nr. 2)	nicht übernommen	Neuer Antrag ASB-Suchraum zwischen L 300 u. Stadtbahntrasse Erweiterung des neuen ASB zwischen L 300 und Stadtbahntrasse, da dort die Absicht zur Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes besteht.
Neuer Suchraum ASB Nr. 1 a + b	nicht übernommen	ASB Nr. 1b wegen Nähe zur Bahnhaltestelle neu anmelden
Suchraum ASB Nr. 3	übernommen	

- Einstimmig -

11	Verwaltungsvereinbarung Planung Radweg L 300 Hersel - Widdig	603/2020-9
-----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt, den Abschluss der Verwaltungsvereinbarung zur Planung des kombinierten Geh- und Radweges L 300 zwischen den Ortsteilen Hersel und Widdig – vorbehaltlich der ausstehenden juristischen Vertragsprüfung.

- Einstimmig -

12	Städtebaulicher Vertrag Sanierung Wirtschaftsweg von L 182 bis Golfanlage Römerhof	596/2020-9
-----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt, den Abschluss des städtebaulichen Vertrags zur Sanierung des Wirtschaftsweges zwischen L 182 und Golfanlage Römerhof einschließlich Anlagen

– vorbehaltlich der ausstehenden juristischen Vertragsprüfung.

- Einstimmig -

13	Beschwerde nach § 24 GO NRW vom 09.03.2020 betr. unzulässige Behandlung von Eingaben zum Bebauungsplan Se 21	260/2020-7
-----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

- Einstimmig -

14	Antrag der SPD-Fraktion vom 20.05.2020 betr. Grundsätze für die künftige Bauleitplanung	391/2020-7
-----------	--	-------------------

AM Prinz stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Rednerliste.

Es spricht keiner gegen den Antrag.

Der Geschäftsordnungsantrag des AM Prinz wird einstimmig angenommen.

Die Anträge der SPD-Fraktion,

1. Die Anzahl der Wohneinheiten in Bebauungsplänen orientiert sich künftig an der vorhandenen örtlichen Infrastruktur (Kitas, Schulen, Verkehr).
2. Die Art der Bebauung orientiert sich an dem erkennbaren Bedarf an Wohnformen und –größen.
3. Bei der Bauleitplanung ist die Leistungsfähigkeit auch des überörtlichen Straßennetzes zu berücksichtigen. Dies gilt ebenso für die Inhalte entsprechend notwendiger Verkehrsgutachten.
4. Zu berücksichtigen ist weiterhin, ob ein ausreichendes ÖPNV-Angebot vorliegt oder angepasst werden kann.
5. Bei den Straßen mit Sammelfunktion ist grundsätzlich ein Radweg mit einzuplanen.

werden mit einem Stimmenverhältnis von

08 Stimmen für den Antrag (SPD, B90/Grüne, Schulz)

12 Stimmen gegen den Antrag (CDU, UWG tw., FDP)

01 Stimmenthaltung (UWG tw.)

abgelehnt.

Der Antrag der SPD-Fraktion den Beschlusssentwurf wie folgt zu erweitern:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die vorgeschlagenen Grundsätze aus dem Antrag der SPD-Fraktion zur Kenntnis und beschließt, über die darin enthaltenen Punkte im neuen Fachausschuss eine Entscheidung herbeizuführen,

wird mit einem Stimmenverhältnis von

08 Stimmen für den Antrag (SPD, B90/Grüne, Schulz)

12 Stimmen gegen den Antrag (CDU, UWG tw., FDP)

01 Stimmenthaltung (UWG tw.)

abgelehnt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, die zukünftigen Grundsätze der Bauleitpla

nung im neuen Fachausschuss zu beraten und zu beschließen.

- Einstimmig -

15	Antrag der SPD-Fraktion vom 20.05.2020 betr. Leitfaden für Investoren bei der weiteren städtebaulichen Entwicklung	392/2020-7
----	--	------------

Die Antrag der SPD-Fraktion, die Verwaltung zu beauftragen, einen bindenden Leitfaden für Investoren bei der weiteren städtebaulichen Entwicklung unter Berücksichtigung folgender Punkte zu erstellen,

1. In jedem neuen Baugebiet werden 30% der Wohneinheiten für geförderten Wohnungsbau vorgesehen.
2. Im Sinne einer modernen Quartiersentwicklung soll es in jedem neuen Baugebiet einen Mix aus Angeboten für Familien, Singles, Senioren und Mehrgenerationen-Projekten geben.
3. Bei der Gestaltung von neuen Baugebieten ist ein ausgewogenes Verhältnis zwischen kompakt bebauten Bereichen und Freiflächen herzustellen.
4. Alle Straßen müssen größtmögliche Sicherheit auch für Fußgänger und den Fahrradverkehr bieten.
5. Bei der Entwicklung eines neuen Baugebietes muss künftig die Aufnahmekapazität der örtlichen Infrastruktur ebenso Berücksichtigung finden, wie die ÖPNV-Situation.
6. Bei Verkehrsuntersuchungen sind künftig auch die Auswirkungen auf das übergeordnete Straßennetz zu betrachten.

wird mit einem Stimmenverhältnis von
08 Stimmen für den Antrag (SPD, B90/Grüne, Schulz)
14 Stimmen gegen den Antrag (CDU, UWG, FDP)
abgelehnt.

Der Antrag der SPD-Fraktion den Beschlussentwurf wie folgt zu erweitern:
Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die vorgeschlagenen Leitlinien aus dem Antrag der SPD-Fraktion zur Kenntnis und beschließt, über die darin enthaltenen einzelnen Punkte im neuen Fachausschuss eine Entscheidung herbeizuführen,
wird mit einem Stimmenverhältnis von
08 Stimmen für den Antrag (SPD, B90/Grüne, Schulz)
14 Stimmen gegen den Antrag (CDU, UWG, FDP)
abgelehnt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, die von der Verwaltung entwickelten Kriterien der Bauleitplanung im neuen Fachausschuss zu beraten und zu beschließen.

- Einstimmig -

16	Antrag der Fraktion FDP vom 15.06.2020 betr. Verkehrsberuhigung Zweigrabenweg	450/2020-9
-----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

- Einstimmig -

17	Antrag der Fraktion FDP vom 15.06.2020 betr. Einmündung Kleinstraße auf Elbestraße	451/2020-9
-----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beauftragt die Verwaltung die Verkehrsverhältnisse im Einmündungsbereich Elbestraße (L300) / Kleinstraße im Rahmen eines straßenverkehrsrechtlichen Anhörverfahrens zu überprüfen, eventuell notwendige Anordnungen zu treffen und den Ausschuss über den Ausgang des Verfahrens zu unterrichten.

- Einstimmig -

18	Gemeinsamer Antrag der CDU, UWG/Forum und FDP-Fraktion vom 21.07.2020 betr. Freiflächenphotovoltaikanlage auf einer Kiesgewinnungsfläche	566/2020-7
-----------	---	-------------------

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt den Antrag, den Beschlussentwurf um die Prüfung von Agro Photovoltaikanlagen zu erweitern.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beauftragt die Verwaltung, vorbehaltlich der Vereinbarkeit mit den Rekultivierungsaufgaben des Rhein-Sieg-Kreises, mit der planungsrechtlichen Vorbereitung einer ehemaligen Abgrabungsfläche für eine Freiflächenphotovoltaikanlage und in diesem Zusammenhang auch den Einsatz von Agro-Photovoltaikanlagen zu prüfen.

- Einstimmig -

19	Antrag der Fraktion FDP vom 02.08.2020 betr. Lokale Gefahrenstellen im Straßenverkehr	598/2020-9
-----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beauftragt die Verwaltung die eingereichten Gefahrenstelle auf ein weiteres Handlungserfordernis hin zu prüfen, evtl. notwendige Anordnungen zu treffen und den Ausschuss über den Ausgang des Verfahrens zu unterrichten.

- Einstimmig -

20	Antrag der SPD-Fraktion vom 03.08.2020 betr. Planung und Umsetzung einer Zufahrtsbeschränkung auf dem Dorfplatz in Karldorf	609/2020-9
-----------	--	-------------------

AM Prinz stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Rednerliste.

Es spricht keiner gegen den Antrag.

Der Geschäftsordnungsantrag des AM Prinz wird einstimmig angenommen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beauftragt die Verwaltung, ein straßenverkehrsrechtliches Anhörungsverfahren nach § 45 StVO durchzuführen, um die Möglichkeiten einer Durchfahrtsbeschränkung für den Dorfplatz Kardorf zu prüfen und den Ausschuss über das Ergebnis zu unterrichten.

- Einstimmig -

21	Große Anfrage der SPD Fraktion vom 21.07.2020 betr. Sanierung/Instandsetzung von Straßen und Wirtschaftswegen	568/2020-9
-----------	--	-------------------

- Kenntnis genommen -

Zusatzfragen

AM Hanft betr. Frage 4, Sanierungskonzept

1. Wie sieht das zeitlich aus und wann wird dem Ausschuss das Sanierungskonzept vorgelegt?
2. Wer definiert den verkehrssicheren Zustand?
3. betr. verkehrssicherer Zustand
Wird die Verpflichtung dadurch abgemildert, dass die Verwaltung entsprechende Schilder mit „Schlechter Wegestrecke“ oder Ähnlichem aufstellt und ist sie dann aus der Haftung raus und können weitere Maßnahmen wegen finanzieller Knappheit dann nicht erfolgen?

Antwort:

Zu dem Konzept gehört ausdrücklich das Aufstellen von Schildern bis hin zum Sperren von Wegen. Die personellen Kapazitäten sind nicht vorhanden, um das, was eigentlich für die Wirtschaftswege getan werden müsste, zu tun. Insofern wird sich das Konzept auf die vorhandenen Kapazitäten konzentrieren, um das, was sehr dringlich ist, mit aktuell möglichen Fördermitteln vielleicht zu sanieren. Um eine nachhaltige flächendeckende positive Ausstrahlung der Wirtschaftswege zu erreichen, reichen weder die 146.000 Euro, noch die personellen Kapazitäten.

4. Habe ich das richtig verstanden, dass es um einen längeren Zeitraum (10 Jahre) geht und dann jährlich eine Handvoll Maßnahmen verwirklicht werden können?
Wird eine Möglichkeit gesehen Fördermittel zu regenerieren, eventl. über Dorferneuerung oder Ähnliches?

Antwort:

Ja, es gibt Ansätze zur Förderung solcher Wegekonzepte. Es wird angestrebt diesbezüglich einen Antrag zu stellen und eventl. den Auftrag für die Erarbeitung eines solchen Konzeptes an ein externes Büro zu vergeben.

AM Geuer betr. Wendelinusstraße, durch einseitiges Befahren ist die Straße kaputt, Überlegen ob man nicht über beide Fahrbahnseiten fahren kann

Antwort:

Die Anregung wird aufgenommen.

22	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	599/2020-1
-----------	---	-------------------

Mündliche Mitteilungen

des Beigeordneten Herrn Schier

betr. Bauantrag Hotel Hersel,

Sondersitzung StEA am 17.09.2020, um über das Vorhaben zu beraten.

-Kenntnis genommen-

Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen
Von der Vorlage-Nr. 599/2020-1 Kenntnis genommen.

Zusatzfrage AM Velten betr. Sachstand Höherlegung Bahnsteige Linie 16
Gibt es einen neuen Sachstand?

Antwort:

Nein, es gilt Entsprechendes, was vorhin zur Linie 18 vorgetragen wurde. Die HGK ist dabei das planerisch vorzubereiten.

23	Mitteilung betr. Errichtung einer landwirtschaftlichen Mehrzweckhalle mit Schleppdach	593/2020-6
-----------	--	-------------------

- Kenntnis genommen -

24	Mitteilung betr. Aufnahme des Bahnhofes Roisdorf in die Modernisierungsoffensive 3	618/2020-7
-----------	---	-------------------

- Kenntnis genommen -

Zusatzfrage AM Gesell

Kann zur Sondersitzung am 17.09.2020 ein Zwischenergebnis mitgeteilt werden?

Antwort:

Dies wird versucht.

25	Anfragen mündlich	
-----------	--------------------------	--

AM Stadler

1. betr. Historische Wasserpumpe
Kann das Thema historische Wasserpumpe noch einmal auf die Tagesordnung gesetzt werden?
2. betr. Vermüllung in der Fußgängerunterführung Widdiger Weg/Custorstraße ist immer noch nicht beseitigt worden, Rutschgefahr auf der Treppe für Senioren/innen
Wann kann man damit rechnen, dass der SBB dies säubert?

Antwort:

Dies wird aufgenommen und an den SBB weitergeleitet.

AM Prinz betr. südlicher Bereich des Masterplans Rheinaue in Hersel, für mehrere Parzellen gibt es keine Eigentümer

Gibt es da einen neuen Sachstand?

Antwort:

Wird geprüft. Es gibt aktuell Gespräche, den Masterplan zu aktualisieren.

AM Engels betr. Antrag CDU Lindenstraße/Travenstraße Einzuzeichnen für alternierendes Parken und Geschwindigkeitsreduzierung ist Anfang August umgesetzt worden
Gewünschter Erfolg hat hier nicht funktioniert.

1. Gibt es da eine Möglichkeit der Nachbesserung und könnte die Lindenstraße mit einer Gruppe von Vertretern der Lindenstraße und Travenstraße nochmals abgegangen werden, um vor Ort über die Problematik zu sprechen?

Antwort:

Die Beschwerden werden zum Anlass genommen, den bisherigen Verlauf des Probebetriebes kritisch zu würdigen und als bald eine Überprüfung im Rahmen einer erneuten SDR-Messung durchzuführen, in wie weit das, was bisher provisorisch angedacht ist, tatsächlich erfolgreich sein kann.

Die Maßnahme ist noch nicht abgeschlossen, weil die verkehrsrechtlichen Anordnungen noch nicht getroffen wurden, da es mehrere Anregungen aus der Anwohnerschaft gibt. Das Verwaltungshandeln der Verkehrsbehörde ist auf das objektive Handlungserfordernis abzustellen.

2. Gibt es auch da eine Möglichkeit auf der Schulstraße eine Querung zu schaffen?

Antwort:

Es gab eine Querungshilfe. Diese wurde auf Grund einer Initiative (Probleme in der Abwicklung der rechts vor links Regelung bei der Ausfahrt Lindenstraße) abgeschafft.

Dies wird dann jetzt nochmals geprüft.

3. Kann der Probebetrieb so lange aufrechterhalten werden, bis eine endgültige Lösung gefunden wurde?

Antwort:

Ja. Es ist teilweise von Beteiligten angekündigt worden, der Verwaltung Vorschläge zu übermitteln. Dies ist bis heute nicht geschehen.

4. Werden zur Zeit im Probebetrieb Verwarnungsgelder verhängt?

Antwort:

Im Probebetrieb werden keine kostenpflichtigen Verwarnungen erteilt.

AM Freynick betr. Travenstraße gleiche Problematik, Anwohner bezweifeln, dass Busse durchfahren können

Ist der Probebetrieb beendet oder wird dieser weiter fortgeführt?

Antwort:

Die Verwaltung hat im Vorfeld mit dem Betreiber der ÖPNV (Buslinie 818) Gespräche geführt.

Von der RVK hat es bisher keine Hinweise diesbezüglich gegeben. Auf die Anregungen der Anwohner wird gewartet.

Der Probebetrieb läuft weiter und wird durch eine nochmalige SDR-Messung hinsichtlich des Handlungserfordernisses und der Wirksamkeit des Erfordernisses unterstützt.

Ende der Sitzung: 22:08 Uhr

gez. Wolfgang Schwarz
Vorsitz

gez. Petra Altaner
Schriftführung



Weiterentwicklung des regionalen Stadtbahnnetzes

Stadt Bornheim
Ausschuss für Stadtentwicklung
02.09.2020

Rhein-Sieg-Kreis 01.4
Dr.-Ing. Christoph Groneck

:rhein-sieg-kreis

Zielnetz Stadtbahn Bonn/Rhein-Sieg 2023/26

Hintergrund

- Erarbeitung in der AG „Zukunft Stadtbahn Bonn/Rhein-Sieg“
- zwei Ausbaustufen 2023/2026 (ohne/mit Infrastrukturausbau)
- Bezug i.W. auf Taktverdichtungen der bestehenden Linien

- ⇒ Die betroffenen Städte und Gemeinden im Rhein-Sieg-Kreis wurden vorab beteiligt.
- ⇒ Definition des zukünftigen Fahrzeugmehrbedarfs für das Stadtbahnnetz ist erfolgt
- ⇒ Insgesamt werden 22 zusätzliche Stadtbahnen (je 30m) benötigt (ohne Ersatzbeschaffungen)
- ⇒ Vorbereitung der Fahrzeugneubeschaffung läuft

Beschlussfassung

04.07.2019 Rat der Stadt Bonn
08.10.2019 Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises

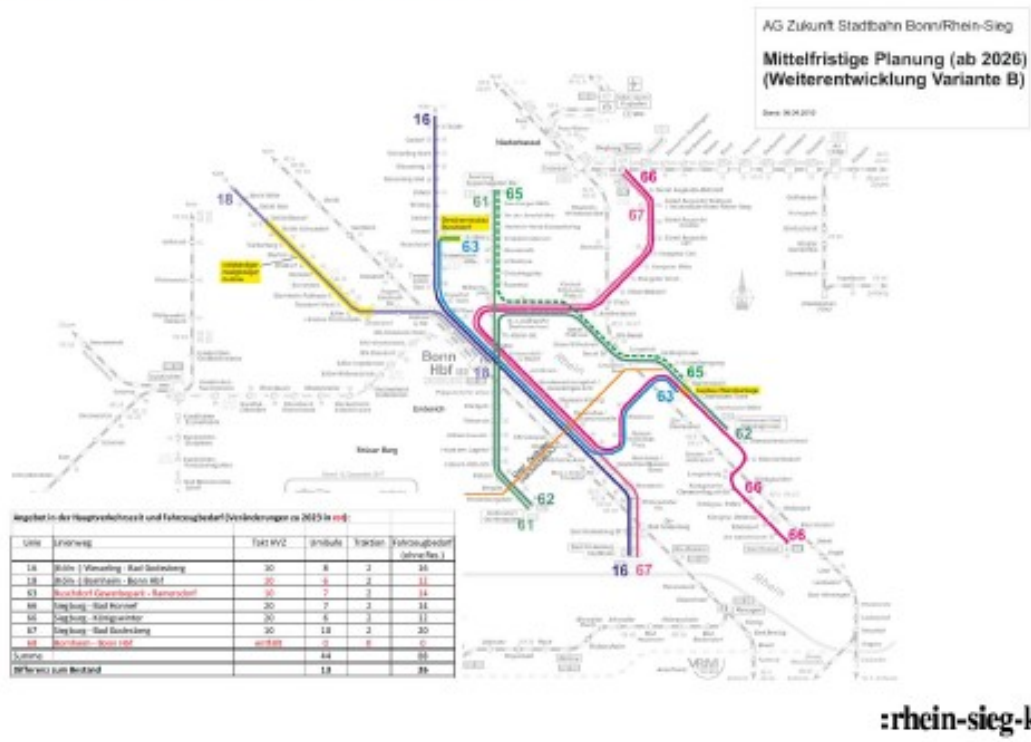
Bereits umgesetzte Maßnahmen 2019/20 ohne Fahrzeugmehrbedarf

- Einführung 10'-Takt auf der Linie 16 in den Hauptverkehrszeiten
- Durchgehender 30'-Takt abends und am Wochenende auf den Linien 16 und 18 (vorher nur zeit- bzw. abschnittsweise)
- Wochenend-Nachtverkehr auf den Linien 16 und 18 (stündlich durchgehend)

- ⇒ Aktuelle Anfrage Stadt Köln: Verdichtung auf 20'-Takt an Samstagen analog S-Bahn-Netz
- ⇒ Realisierung ab Sommer 2021 möglich

:rhein-sieg-kreis

Zielnetz Stadtbahn 2023/26



Machbarkeitsstudie zweigleisiger Ausbau Linie 18

Aufgabenstellung

- Ziel: Zweigleisiger Ausbau des Abschnitts Brühl-Badorf – Bonn-Dransdorf für 10'-Takt
- Bestandsanalyse
- Ermittlung der verkehrlichen Wirkungen (Fahrgastaufkommen, Verlagerungspotenziale)
- Prüfung der technischen und volkswirtschaftlichen Machbarkeit (Förderfähigkeit)
- Prüfung eines neuen Haltepunktes Bornheim West

⇒ Die MBS ist keine Entwurfsplanung, sondern die Voraussetzung, um das Projekt anzugehen!

⇒ Die Prüfung der Förderfähigkeit erfolgt als vereinfachte standardisierte Bewertung

Projektpartner

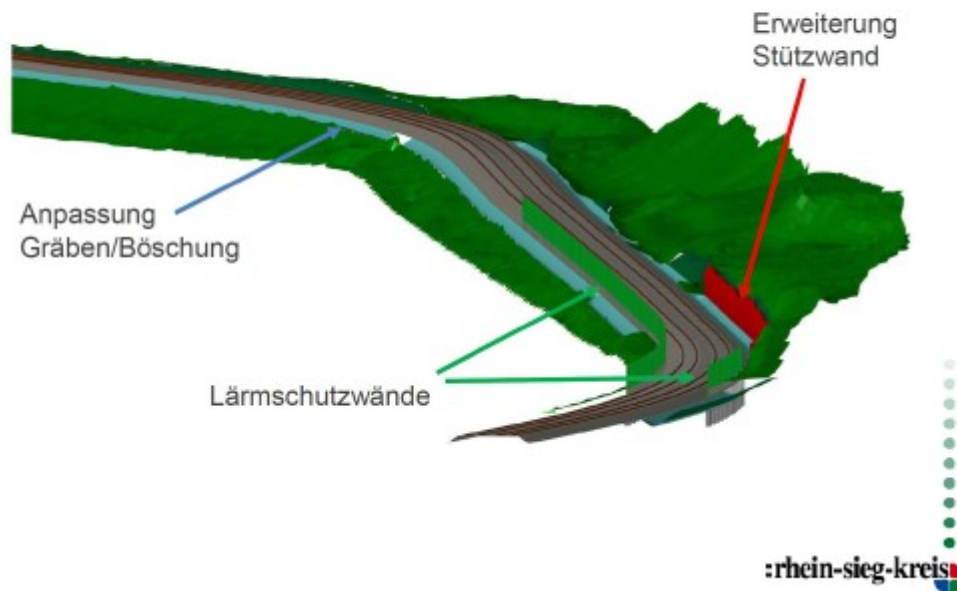
- Rhein-Sieg-Kreis (Koordination), Rhein-Erft-Kreis, Alfter, Bonn, Bornheim, Brühl
- HGK als Eisenbahninfrastrukturunternehmen
- Verkehrsunternehmen KVB und SWBV
- NVR als Bewilligungsbehörde

Zeitplan

- Beauftragung am 08.07.2019
- Fertigstellung gemäß Leistungsbeschreibung spätestens 12 Monate nach Auftragserteilung
- **Aber: Daten der VRS-Erhebung 2018 als Grundlage für die Verkehrsuntersuchung wurden entgegen des ursprünglichen Zeitplans immer noch nicht bereit gestellt!**

:rhein-sieg-kreis

AKTUELLER BEARBEITUNGSSTAND TECHNISCHE MACHBARKEIT



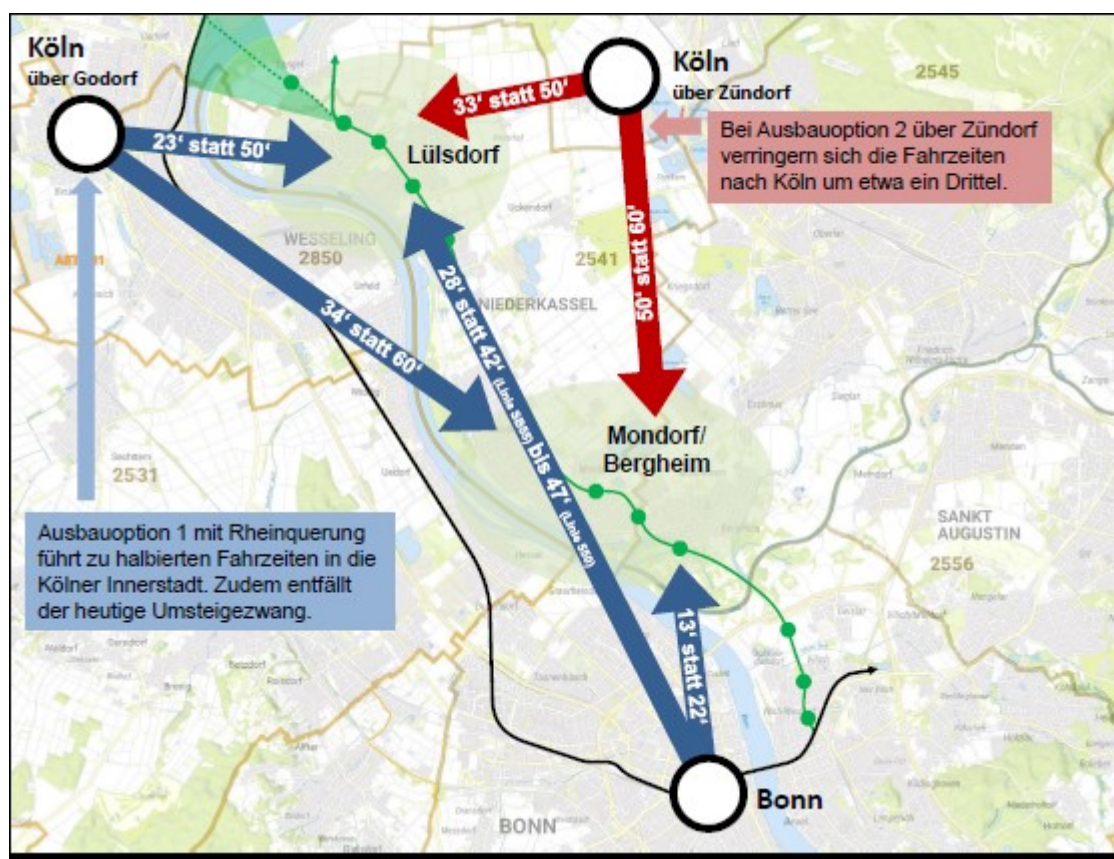
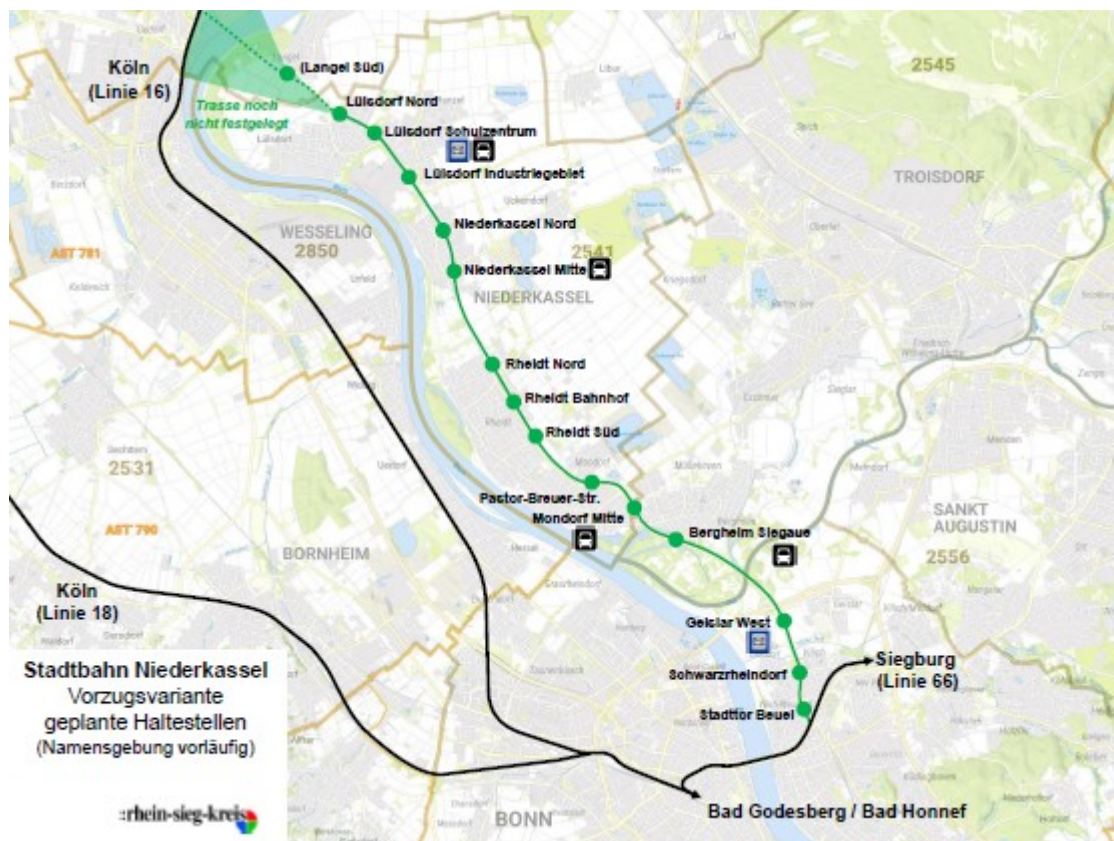
Stadtbahn Niederkassel mit Rheinquerung

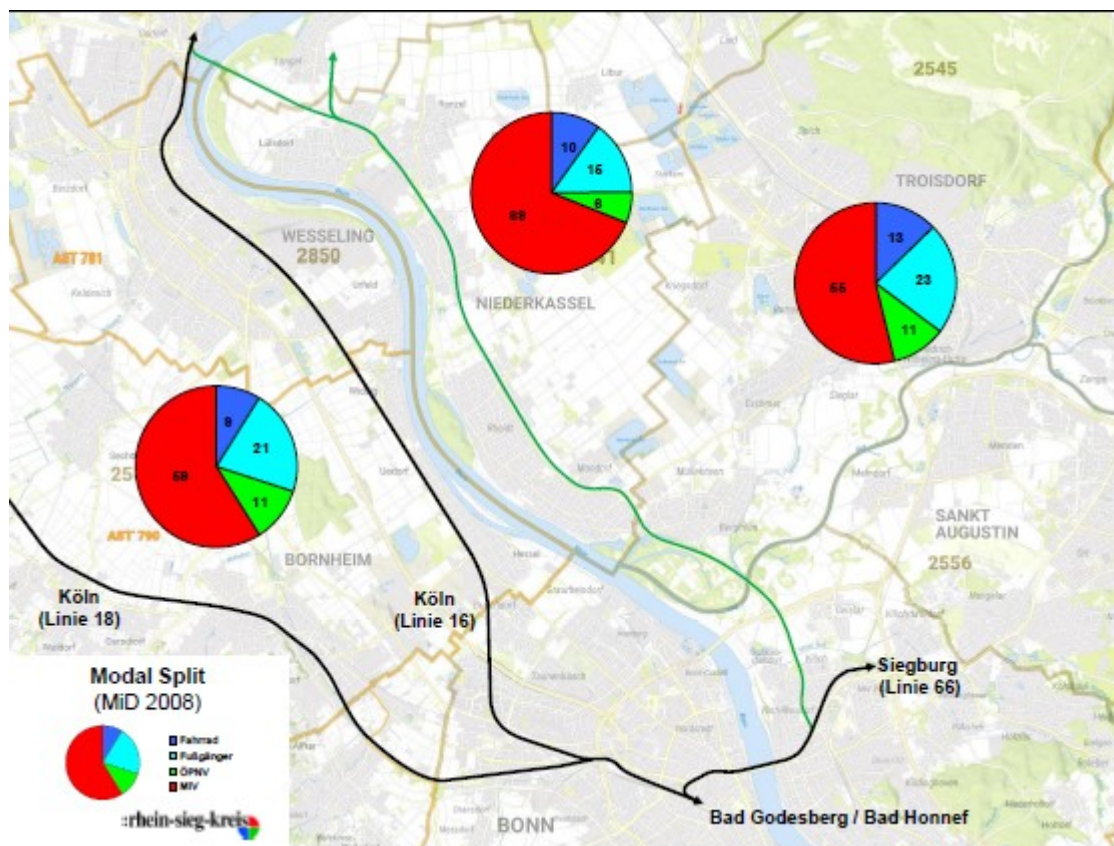
Hintergründe

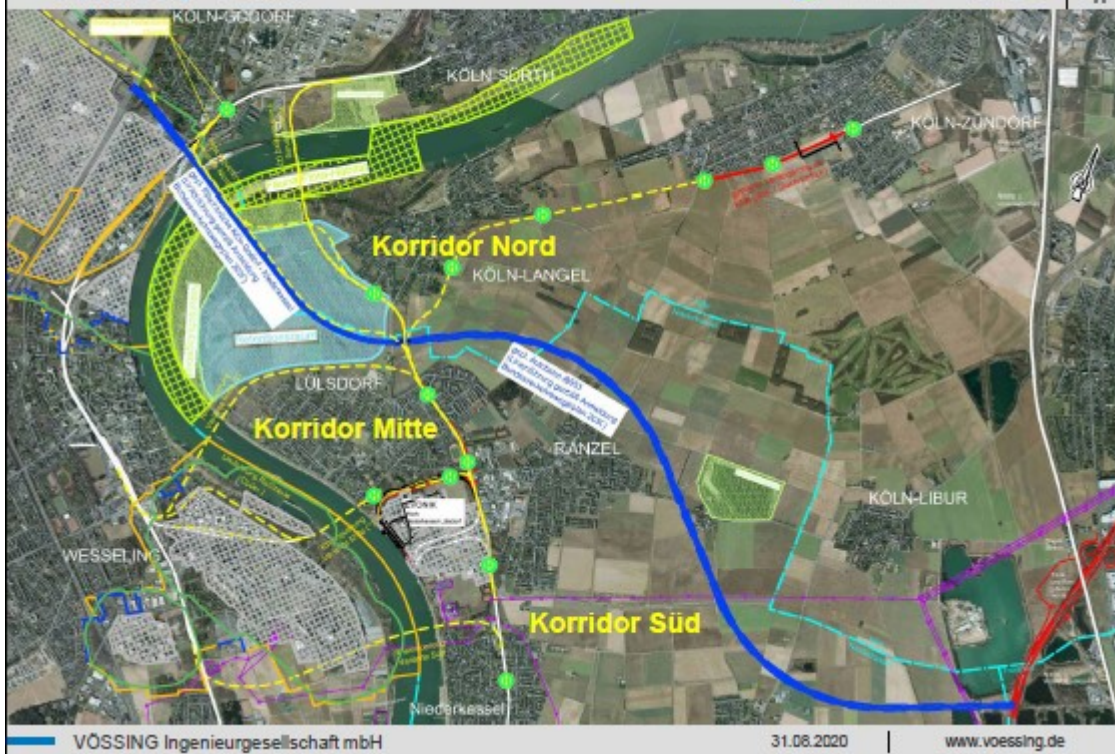
- Anbindung von über 50.000 Menschen auf der rechten Rheinseite an das Schienennetz
- Nutzung der bestehenden rechtsrheinischen Schieneninfrastruktur für den Personenverkehr
- Lückenschlüsse zum Kölner und Bonner Stadtbahnnetz

Sachstand

- Vorzugsvariante mit Rheinquerung wurde im November 2018 politisch bestätigt
 - Vorläufige Programmaufnahme in das Bundes-GVFG ist erfolgt
 - Aktuell erfolgt die Abstimmung der Standardisierten Bewertung mit dem VM NRW und BMVI
- ⇒ Mit dem NVR sind im Vorfeld mögliche Rheinquerungen für die S-Bahn abgestimmt worden.
- ⇒ Nachdem eine Rheinquerung für das Eisenbahnnetz nicht in den BVWP aufgenommen worden ist, haben sich NVR und RSK auf eine bevorzugte Realisierung der Stadtbahn verständigt.
- ⇒ Für das Eisenbahnnetz gibt es derzeit keine konkreten Planungen einer zusätzlichen Rheinquerung zwischen Köln und Bonn.

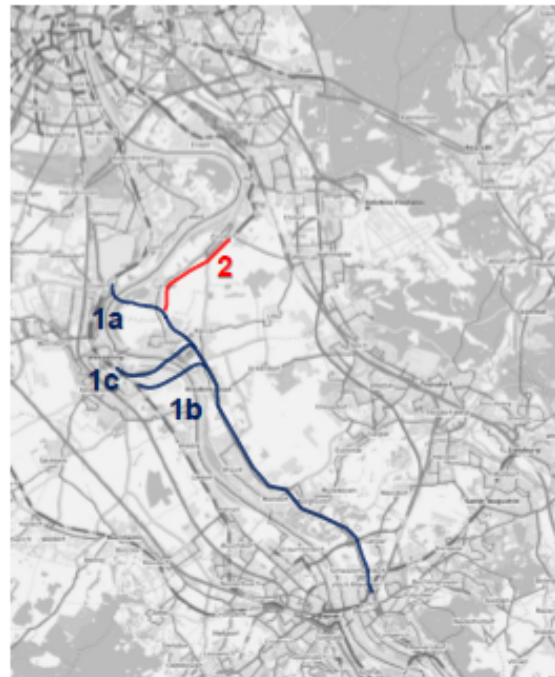


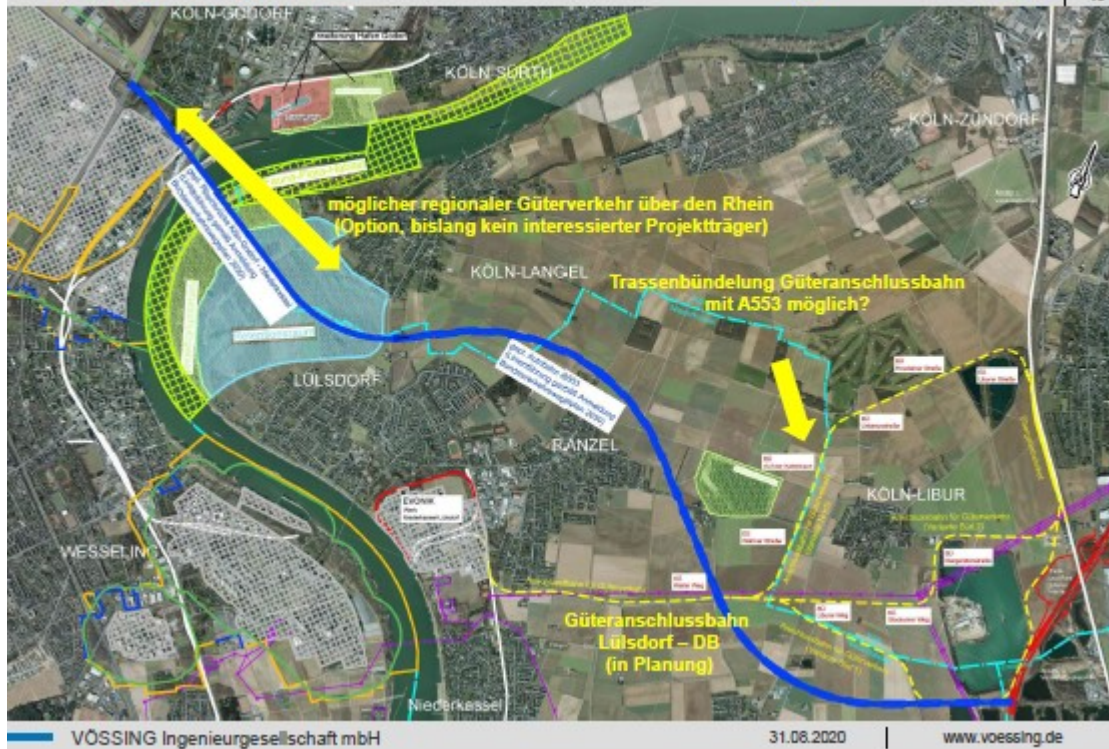




- Varianten 1a und 1c lassen den höchsten Nutzen erwarten
- Variante 1a gegenüber 1c zu bevorzugen (Fahrgastaufkommen 1a höher, Machbarkeit 1c aufgrund Nähe zu Shell nicht gesichert)
- Variante 1b lässt deutlich geringeren Nutzen erwarten, voraussichtlich $NKI < 1$
- Variante 2 hat die geringsten Kosten, aber auch den geringsten Nutzen, schlechterer NKI als 1a/1c

⇒ Vorzugsvariante: 1a





Abstimmung der Rheinquerung mit Straßen.NRW

Dialogforum A553 am 21./22.11.2018
- Präsentationen RSK und NVR

Infomesse auf der MS Loreley am 16.03.2019
- Gemeinsamer Stand RSK/NVR
- Projektflyer „Bündelungsoptionen“



Nächste Schritte

- Prüfung/Diskussion Bündelungsoptionen Stadtbahn und Güterverkehr rechtsrheinisch nach Vorlage Trassenvarianten A553
- Nach derzeitigem Planungsstand sind A553 und Stadtbahn rheinquerend **nicht** gebündelt.
- Stadtbahn ist eigenständiges GVFG-Projekt!

INFORMATION



Bündelungsoptionen Schiene

Die mögliche Bündelung des Stadtbahnprojekts Rheinquerung A553 mit aktuellen Schienenvarianten ist für viele Menschen in der Region ein wichtiges Thema. Durch gemeinsame Trassenentscheidungen soll der Eingriff in Landschaft und Natur im Planungsraum minimiert werden.

Für die Planung von Trassenvarianten und Ausbaumaßnahmen sind allerdings grundsätzliche unternehmenseigene Vorhaben zwingend und es gibt verschiedene, formalrechtliche gezielte Lenkungs- und Planungsstellen. Der Rhein-Sieg-Kreis hat im Zuge der Planung der Rheinquerung A553 deshalb sehr frühzeitig einen engen Austausch mit der Nationalen Rheinische Gesellschaft der Eisenbahn (NRG) etabliert. Bei der neuen und teilweise teureren Variante werden als dauerhafte Maßnahme an den regelmäßigen Sitzungen der Dialogforum A553 – einem Szenario der gemeinsamen Beteiligung der verschiedenen Lenkungsinstanzen an der Planung. Die Bündelungsoptionen der neuen Ausbaumaßnahmen sind ebenfalls aktuell geplanten Schienenvarianten so, so im Blick behalten und konsequent mit abgefragt werden.

Demnach (Stand Februar 2020) gibt es verschiedene Überlegungen und Planungen für den rheinquerenden Schienenverkehr zwischen Bonn und Köln. Die sollen hier kurz beschrieben werden, um die Auswirkungen auf die Planung der Rheinquerung zu verdeutlichen.

Stadtbahn

Der Rhein-Sieg-Kreis ist in seiner Zuständigkeit als Auftraggeber für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) eine Stadtbahnverwaltung Bonn – Niederkassel – Köln. Die einstufige einstufige Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) hat sich in der Stadtbahnverwaltung und einer Reihe für den Personennahverkehr in der Region. Aktuell werden die drei ersten Varianten der Stadtbahn Rheinquerung A553 (siehe Abb. 1) für die Rheinquerung in Betracht gezogen. Ein weiterer Ausbau der Stadtbahn Rheinquerung A553 ist im Bereich der Stadtbahn Rheinquerung A553 (siehe Abb. 1) für die Rheinquerung in Betracht gezogen.

Der Rhein-Sieg-Kreis ist in seiner Zuständigkeit als Auftraggeber für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) eine Stadtbahnverwaltung Bonn – Niederkassel – Köln. Die einstufige einstufige Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) hat sich in der Stadtbahnverwaltung und einer Reihe für den Personennahverkehr in der Region. Aktuell werden die drei ersten Varianten der Stadtbahn Rheinquerung A553 (siehe Abb. 1) für die Rheinquerung in Betracht gezogen. Ein weiterer Ausbau der Stadtbahn Rheinquerung A553 ist im Bereich der Stadtbahn Rheinquerung A553 (siehe Abb. 1) für die Rheinquerung in Betracht gezogen.

Für die Planung von Trassenvarianten und Ausbaumaßnahmen sind allerdings grundsätzliche unternehmenseigene Vorhaben zwingend und es gibt verschiedene, formalrechtliche gezielte Lenkungs- und Planungsstellen. Der Rhein-Sieg-Kreis hat im Zuge der Planung der Rheinquerung A553 deshalb sehr frühzeitig einen engen Austausch mit der Nationalen Rheinische Gesellschaft der Eisenbahn (NRG) etabliert. Bei der neuen und teilweise teureren Variante werden als dauerhafte Maßnahme an den regelmäßigen Sitzungen der Dialogforum A553 – einem Szenario der gemeinsamen Beteiligung der verschiedenen Lenkungsinstanzen an der Planung. Die Bündelungsoptionen der neuen Ausbaumaßnahmen sind ebenfalls aktuell geplanten Schienenvarianten so, so im Blick behalten und konsequent mit abgefragt werden.

Für die Planung von Trassenvarianten und Ausbaumaßnahmen sind allerdings grundsätzliche unternehmenseigene Vorhaben zwingend und es gibt verschiedene, formalrechtliche gezielte Lenkungs- und Planungsstellen. Der Rhein-Sieg-Kreis hat im Zuge der Planung der Rheinquerung A553 deshalb sehr frühzeitig einen engen Austausch mit der Nationalen Rheinische Gesellschaft der Eisenbahn (NRG) etabliert. Bei der neuen und teilweise teureren Variante werden als dauerhafte Maßnahme an den regelmäßigen Sitzungen der Dialogforum A553 – einem Szenario der gemeinsamen Beteiligung der verschiedenen Lenkungsinstanzen an der Planung. Die Bündelungsoptionen der neuen Ausbaumaßnahmen sind ebenfalls aktuell geplanten Schienenvarianten so, so im Blick behalten und konsequent mit abgefragt werden.



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Rhein-Sieg-Kreis 01.4
Dr.-Ing. Christoph Groneck

:rhein-sieg-kreis 